

Entschließungsantrag

der Fraktion der PDS

zu der Regierungserklärung der Bundeskanzlers zu der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Aufnahme des Krieges in Afghanistan durch die USA hatte ursprünglich das erklärte Ziel, Osama Bin Laden zu ergreifen und das Netzwerk der Organisation Al Quaida zu zerschlagen. Inzwischen scheint das Kriegsziel umdefiniert und die Beseitigung des Taliban-Regimes mit militärischen Mitteln das zentrale Anliegen zu sein. Nach mehreren Wochen des Luftkrieges in einem bereits zuvor weitgehend zerstörten Land der sog. Dritten Welt gegen ein von der militärischen Ausrüstung her weit unterlegenes Regime ist die Bilanz mehr als fragwürdig:

- die Talibanherrschaft scheint nach wie vor ungebrochen, ihre Truppen sind offenbar kampfkraftig und hochmotiviert,
- Osama Bin Laden ist nicht festgesetzt,
- die eingesetzten Waffen fordern täglich zivile Opfer unter Afghanen und Mitarbeitern von Hilfsorganisationen und zerstören die zivile Infrastruktur,
- Streubomben vergrößern zusätzlich die durch Minen und nicht explodierte Geschosse seit Jahren bestehenden Gefahren für die Zivilbevölkerung, insbesondere für die Kinder,
- kurz vor dem Winter steht eine humanitäre Katastrophe für einen großen Teil der afghanischen Bevölkerung, insbesondere Hunderttausende von Binnenflüchtlingen, Frauen und Kindern in z. T. verminten Gebieten unmittelbar bevor,
- weltweit nimmt die Ablehnung des Krieges in Afghanistan zu, im Atomwaffenstaat Pakistan und weiten Teilen der übrigen islamischen Welt nehmen Unverständnis und Zorn gegenüber dem amerikanisch-britischen Vorgehen zu,
- weitere Länder sehen sich einer militärischen Bedrohung und/oder der Gefahr einer Destabilisierung ausgesetzt,
- in den USA laufen die Vorbereitungen für den weiteren Einsatz von Spezial- und Kampftruppen und die Errichtung militärischer Stützpunkte in Afghanistan sowie die Sicherstellung der 24 pakistanischen Atomsprengkörper, falls es dort zum Zusammenbruch der politischen Ordnung käme,

- ein schlüssiges Konzept für die politische Zukunft Afghanistans ist nicht einmal ansatzweise vorhanden,
- nichtmilitärische Lösungen und langfristig wirksame Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung rücken durch den fortdauernden Krieg täglich in weitere Ferne,
- die militärischen Maßnahmen der USA und Großbritanniens sind erklärmaßen in Teilen eine direkte Unterstützung der Nordallianz, die in einem hohen Maße Mitverantwortung für Mord, Terror, Massenvergewaltigungen, Drogen- und Waffenhandel, Entrechtung und Unterdrückung der Frauen in Afghanistan trägt und vor deren erneuter Herrschaft sich große Teile der Bevölkerung Afghanistans zu Recht fürchten, zumal in der Nordallianz die größte Bevölkerungsgruppe Afghanistans, die Paschtunen, nicht vertreten sind,
- es wird immer deutlicher, dass der Krieg in Afghanistan und die Art der Kriegsführung durch das Recht auf Selbstverteidigung nicht gedeckt sind und die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht wahren, dass sie vielmehr ihrerseits Angriffshandlungen darstellen, durch die das in der VN-Charta verankerte Verbot der Anwendung von Gewalt verletzt wird,
- die beabsichtigte Fortsetzung der Angriffe über den Beginn des Ramadan und den Wintereinbruch hinaus wird die katastrophale Lage der Zivilbevölkerung noch weiter verschlechtern und somit in der islamischen Welt Empörung und Hass schüren, mit der wahrscheinlichen Folge, dass der extremistische Islamismus gestärkt statt geschwächt wird.

II. Der Deutsche Bundestag tritt für ein sofortiges Ende des Krieges in Afghanistan ein, weil der Krieg

- kein geeignetes Mittel der Terrorismusbekämpfung ist, indem er den internationalen Terrorismus nicht beseitigt, sondern durch neue militärische Gewalt neuen, immer weiter gesteigerten Hass und neue Gegengewalt hervorruft und somit dem Terrorismus weiteren Nährboden gibt,
- täglich den Tod unschuldiger Menschen unter der Zivilbevölkerung in Kauf nimmt und damit den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt,
- unweigerlich eine durch nichts zu rechtfertigende Ausweitung der humanitären Katastrophe in Afghanistan heraufbeschwört,
- die Gefahr einer unüberschaubaren und unkontrollierbaren Eskalation nicht allein in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus, sondern in und mit weiten Teilen der islamischen Welt birgt,
- zu einer Ausweitung der Kriegshandlungen auf weitere Staaten und zu einer umfassenden internationalen Destabilisierung führen könnte.

III. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich und aktiv darauf hinzuwirken, dass

1. die Angriffe auf Afghanistan sofort eingestellt werden, um die Bedingungen für die humanitäre Hilfe im ganzen Land zu verbessern und damit insbesondere Binnenflüchtlingen das Überleben zu sichern;
2. jede Form der Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan ausgeschlossen bleibt und eine Ausweitung der Militäraktionen auf andere Staaten sowie eine Einbeziehung weiterer Staaten in den Krieg nicht erfolgt;
3. die demokratische Opposition inner- und außerhalb Afghanistans und die im Ausland lebenden Flüchtlinge sowie insbesondere emanzipatorische afghanische Frauenorganisationen in jeder Hinsicht unterstützt werden, damit

diese in einem gemeinsamen Prozess, an dem die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beteiligt sind, politische Schritte und Lösungen einleiten und herbeiführen können, die zu einem Ende der Talibanherrschaft und zu einer neuen Regierung und Verwaltung in Afghanistan führen;

4. die Vereinten Nationen und ihr Sonderbeauftragter für Afghanistan die weitere politische Regelung des Konflikts in ihre Verantwortung übernehmen und die weitere humanitäre Hilfe für das Land koordinieren;
5. die Europäische Union ein wirksames Stabilitätsprogramm zum Wiederaufbau Afghanistans und zu seiner raschen wirtschaftlichen Erholung vereinbart und unter angemessener Beteiligung der USA umsetzt;
6. von den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen ein tragfähiges Konzept des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus mit zivilen, nichtkriegerischen Mitteln erarbeitet wird, zu dessen Umsetzung sie maßgebliche Beiträge leisten.

Berlin, den 7. November 2001

Roland Claus und Fraktion

